

1. Die Vorschläge der EU-Kommission zur GAP ab 2028 sehen ein um 20 % reduziertes Budget und steigende Kofinanzierungssätze für Agrar-, Umwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) vor, ohne verbindliche Ausgabenziele für AUKM. Welche Priorität räumt Ihre Partei dem Ökolandbau ein und werden Sie sicherstellen, dass die Mittelverfügbarkeit in Baden-Württemberg für AUKM und insbesondere für den Ökolandbau nicht unter das bestehende Niveau absinkt? Inwieweit wird sich Ihre Partei für eine zielgerichtete Differenzierung der Basisprämie nach den Maßstäben "Öffentliches Geld für Öffentliche Leistungen" einsetzen?

Antwort:

*Wir setzen uns für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von ökologischer und konventioneller Landwirtschaft ein. Wir werden uns für einen neuen Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie, Wertschöpfung und verlässlicher Einkommenssicherung sowie Erfordernissen des Natur-, Umwelt- und Klimaschutzes einsetzen. Dabei setzen wir auf primär freiwillige Agrar-, Umwelt- und Klimamaßnahmen, die wirtschaftlich rentabel und praxistauglich sind. Landeseigene Förderprogramme werden wir effektiver und unbürokratischer ausgestalten. Die GAP soll auch in der Zukunft über eine ausreichende Finanzierung verfügen (mind. in bisheriger Höhe zzgl. Inflationsausgleich). Dabei ist für uns elementar, dass jegliche finanzielle Förderung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, sowohl konventionell als auch ökologisch, beiträgt. Die GAP wollen wir grundsätzlich effizienter, nachhaltiger und praxisnäher gestalten, insbesondere vor dem Hintergrund des Struktur- und Klimawandels, der geopolitischen Weltlage, der Ernährungssicherung und der Notwendigkeit europaweiter fairer Wettbewerbsbedingungen.*

2. Wie bewertet Ihre Partei die im Strategiedialog Landwirtschaft erarbeitete "Gemeinsame Vereinbarung für die Zukunft der Landwirtschaft und der biologischen Vielfalt in Baden-Württemberg"? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie sicherstellen, dass die hinterlegten Mittel zielgerecht in den landwirtschaftlichen Betrieben ankommen? Wollen Sie dieses Format zur Unterstützung der Landwirtschaft mit der bestehenden Mittel hinterlegung und regelmäßigen Evaluations- und Entwicklungsmöglichkeiten fortführen?

Antwort:

*Die Zielsetzung des Strategiedialogs Landwirtschaft betrachten wir grundsätzlich als einen guten Ansatz, um Erzeuger und Handel im Rahmen des Möglichen zusammenzubringen. Allerdings sind die Ergebnisse aus dem Strategiedialog zu unkonkret. Wir werden den Strategiedialog Landwirtschaft deshalb auf das Wesentliche beschränken. Wir werden das Format dahingehend begleiten, dass wir die angestoßenen Maßnahmen weiterführen, um die Betriebe, die sich bisher am Strategiedialog beteiligen, nicht im Regen stehen zu lassen. Einen weiteren Ausbau erachten wir allerdings nicht als zielführend, um die Landwirtschaft in Baden-Württemberg zu erhalten und zu stärken. Was die hinterlegten Mittel angeht, waren die für die Umsetzung der Roadmap im Doppelhaushalt 2025/2026 und für die nachfolgenden Jahre Mittel in Höhe von insgesamt 143 Millionen Euro keine zusätzlichen Mittel. Es wurden stattdessen sämtliche Haushaltsmittel zusammengenommen, die ohnehin bereits für verschiedene agrarpolitische Maßnahmen im Landeshaushalt veranschlagt waren. Wir bewerten dieses Vorgehen als Symbolpolitik und wenig nachhaltig.*

3. Wird Ihre Partei die erfolgreiche Maßnahme „Öko-Aktionswochen“ fortführen? Wenn ja, mit welchen finanziellen Mitteln?

Antwort:

*Grundsätzlich betrachten wir Aktionswochen als eine gute Maßnahme zur Verbraucherinformation und um die herausragenden Leistungen der heimischen Land- und*

*Ernährungswirtschaft erlebbar zu machen. Wir treten aber für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von ökologischer und konventioneller Landwirtschaft ein. Aus diesem Grund werden wir die Maßnahme „Öko-Aktionswochen“ dahingehend weiterentwickeln, dass wir beispielsweise im Rahmen regionaler Aktionswochen sowohl die regionale konventionelle als auch die regionale ökologische Landwirtschaft hervorheben. Der konkrete finanzielle Rahmen für die Ausstattung solcher Aktionswochen hängt davon ab, inwieweit die Haushaltslage dies zulassen wird. Finanzielle Versprechungen zum jetzigen Zeitpunkt wären wenig seriös.*

4. In den bisherigen Kampagnen und Initiativen des Landes im Bereich Ernährung und Landwirtschaft spielen der Ökologische Landbau sowie ökologisch erzeugte Produkte nur eine untergeordnete Rolle. Oftmals subsummiert unter dem Titel der "Nachhaltigkeit" sind der ökologische Landbau und die ökologisch erzeugten Produkte für VerbraucherInnen nicht direkt erkennbar. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, "Bio" sowohl in Überschriften als auch Inhalten von Vermarktungskampagnen und Bildungsinitiativen explizit und deutlich sichtbar zu machen?

Antwort:

*Wir wollen, dass die regionale Landwirtschaft wieder mehr Wertschätzung erfährt. Wir sehen es als eine zentrale Aufgabe des Landes an, sowohl die Produktion als auch den Absatz regionaler Lebensmittel zu fördern, ökologisch oder konventionell erzeugt. Schließlich stehen im europäischen Binnenmarkt beide gleichermaßen unter Wettbewerbsdruck und gerade Bio-Lebensmittel stehen im Lebens Einzelhandel in Konkurrenz zu nicht regional erzeugten Produkten. Dazu werden das Regionalmarketing ausbauen und das Qualitätszeichen Baden-Württemberg, inklusive dem bewährten Biozeichen, weiterentwickeln. Wir werden bisherige marktbezogene Beratungs- und Unterstützungsangebote weiterentwickeln und neue Formate etablieren, um Betriebe beispielsweise bei der Entwicklung von Vermarktungskonzepten, Verbesserung der Betriebsstruktur und Nutzung neuer Vertriebskanäle besser zu unterstützen. Wir wollen, dass sowohl der regionale konventionelle als auch der regionale ökologische Landbau besser sichtbar werden. Beides werden wir sowohl in Überschriften als auch Inhalten von Kampagnen und Bildungs- und Informationsinitiativen explizit und deutlich sichtbar zu machen.*

5. Bitte führen Sie aus, wie Ihre Partei die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gestalten und welche Anreize Sie konkret anbieten möchten, damit das Ziel 30 bis 40 Prozent ökologischer Landwirtschaft bis zum Jahr 2030 erreicht wird. Sollte sich Ihre Partei nicht mit dem vorgenannten Bio-Ziel bis 2030 identifizieren können, welche Ziele oder Fristen setzen Sie im Hinblick auf den Anteil des Ökologischen Landbaus an der Landwirtschaft?

Antwort:

*Wir setzen uns für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft ein, die Umweltverträglichkeit, Arten- und Tierschutz mit wirtschaftlichem Erfolg für die heimische Landwirtschaft verknüpft. Wir wollen die regionale Landwirtschaft stärken, sowohl im ökologischen wie auch im konventionellen Landbau. Eine staatliche Verordnung des Ökolandbaus per Gesetz mit festgelegten Prozentzielen lehnen wir ab. Wir setzen stattdessen auf marktbasierende Anteile. Es ist uns ein zentrales Anliegen, dass die Entscheidung über die Art der Wirtschaftsweise eine unternehmerische bleibt, die die Betriebe im Land treffen. Einen Ausbau des Biolandbaus, der nicht von Nachfrage, Preisniveau für die und Überzeugung der Erzeuger getragen ist, lehnen wir ab. Wir halten daher nicht am 30-40% Ökolandbau-Ziel fest. Mehr Ökolandbau hierzulande führt zudem zu niedrigeren Erträgen und erhöht die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten. Fehlende Erträge müssen in anderen Teilen der Welt produziert werden, was dort mehr Anbauflächen beansprucht. Mehr Ökolandbau ist also auch nicht per se nachhaltiger. Wir werden deshalb die Produktion hochwertiger regionaler Nahrungsmittel fördern – egal, ob konventionell oder ökologisch. Dazu werden wir die Potenziale, die uns moderner Pflanzenschutz, moderne Züchtungstechnologien, Digitalisierung und neueste Techniken bieten, ausschöpfen.*

6. Bitte legen Sie dar, welchen finanziellen Rahmen Ihre Partei für die Ausstattung des Aktionsplans „Bio aus Baden-Württemberg“ in der kommenden Legislaturperiode vorsieht.

Antwort:

*Wir werden die agrarpolitischen Rahmenbedingungen schaffen, die allen landwirtschaftlichen Erzeugern, gleich ob konventionell oder ökologisch, mehr Planungssicherheit und langfristige Perspektiven bieten. Dies betrifft auch den Aktionsplan „Bio aus Baden-Württemberg“. Hier können wir uns vorstellen einen Aktionsplan „Regional und hochwertig aus Baden-Württemberg“ ins Leben zu rufen. Der finanzielle Rahmen für die Ausstattung solcher Aktionspläne hängt allerdings davon ab, inwieweit die finanziellen Möglichkeiten dies zulassen. Konkrete Versprechungen zu diesem Zeitpunkt wären unseriös.*

7. Wie wird Ihre Partei die Erreichung der Ziele aus dem Biodiversitätsstärkungsgesetz voranbringen, welche Mittel stellen Sie dafür bereit und welche Prioritäten setzen Sie?

Antwort:

*Angesichts der multiplen Krisen müssen die bisherigen agrarpolitischen Ziele, die mit dem Biodiversitätsstärkungsgesetz verfolgt werden, neu bewertet werden – strikt wissenschaftlich und im weltweiten Kontext. Außerdem führen unserer Ansicht nach landeseigene Sonderwege wie das Biodiversitätsstärkungsgesetz für die baden-württembergische Landwirtschaft zu Wettbewerbsnachteilen. Aus diesem Grund werden wir die Ziele des Gesetzes nicht weiterverfolgen und das Biodiversitätsstärkungsgesetz abschaffen.*

8. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um den Umbau der Tierhaltung in Baden-Württemberg nach dem Borchert-Plan voranzutreiben? Bekennt sich Ihre Partei unabhängig von den bundesrechtlichen Entwicklungen zur Fortführung der Finanzierung der laufenden Kosten tierschutzgerechter Haltungssysteme wie insb. der Bio-Tierhaltung und inwiefern wird sichergestellt, dass sich sämtliche Fördermaßnahmen an hohen Tierwohl- und Nachhaltigkeitsstandards ausrichten (mindestens Offenfrontstall nach der Definition im BUT)?

Antwort:

*Unser Ziel ist, dass sowohl die ökologische als auch die konventionelle Tierhaltung im Land gestärkt wird. Wir werden Tierhalter von überschüssigen Dokumentationspflichten und Auflagen befreien und für schnellere Verfahren bei Stall- und Tierwohlbauten sorgen. Die aktuelle bau- und genehmigungsrechtliche Praxis führt zum Stillstand jeglicher Weiterentwicklung der Tierhaltung. Tierhalter brauchen Sicherheit, dass der neue Stall nicht schon wieder nach zwei bis drei Jahren wegen geänderter Umwelt- oder Tierwohlvorgaben geändert werden muss. Bisherige Förderprogramme und Antragsverfahren müssen weiterentwickelt und vereinfacht werden. Mehr Tierwohl lässt sich wettbewerbsgerecht aber nur europäisch regeln. Wir werden uns daher auch für eine EU-weit einheitliches System zur Kennzeichnung von Tierhaltung- und Herkunft einsetzen.*

9. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei zur Stärkung eines zukunftsfähigen Weinbaus? Welche Marketing- und Kommunikationsmaßnahmen beabsichtigen Sie dafür einzusetzen? Planen Sie, die Zwischennutzung von Rebland zu ermöglichen und unter welchen Bedingungen könnte dies erfolgen?

Antwort:

*Es ist uns ein zentrales Anliegen den Weinbau in Baden-Württemberg zu stärken und wieder zukunftsfest zu machen. Bestehende Marketing- und Kommunikationsmaßnahmen werden wir weiterentwickeln und intensivieren. Wir können uns auch vorstellen die Zwischennutzung von Rebland zu ermöglichen. Die konkreten Bedingungen hierzu müssten allerdings im Austausch mit den betroffenen Akteuren herausgearbeitet werden. Wir wollen grundsätzlich eine Förderung, die*

*die Winzer nicht in eine Subventionsabhängigkeit treibt, sondern einen fairen Ausgleich für ihre Gemeinwohl-Dienstleistungen (z.B. Pflege der Kulturlandschaft) bietet.*

10. Unterstützt Ihre Partei Vereinfachungen für ökologisch wirtschaftende Betriebe, indem ihre Leistungen bei Ordnungsrecht und Förderauflagen berücksichtigt werden (z.B. Anerkennung von Bio-Betrieben als "green by design" bei der GAP-Konditionalität; Vereinfachungen im Düngerecht als "low-input" Betriebe)? Wie kann vermieden werden, dass eingesäte Ackerflächen im 5-Jahres-Rhythmus umgebrochen werden müssen und inwiefern plant Ihre Partei, neue EU-rechtliche Spielräume zur praxistauglichen Anpassung der diesbezüglichen Landesregelungen zu nutzen?

Antwort:

*Weniger staatliche Regulierung und Eingriffe in die Landwirtschaft, dafür mehr Freiheiten und Vertrauen. Das ist für uns die Grundvoraussetzung dafür, dass Landwirte Innovationen heben und ihre Betriebe zukunftsfest machen können. Für uns sind die ökologisch wirtschaftenden Betriebe genauso wichtig wie die konventionell wirtschaftenden. 15 Prozent der gesamten Bürokratie entstehen unmittelbar auf Landesebene. EU-Vorgaben sind grundsätzlich 1:1 umzusetzen und die EU-rechtlich vorgesehenen Spielräume sind zu nutzen. Der Staat muss und kann nicht alles erledigen. Wir werden ein „Gold-Plating“-Verbot schaffen und ein Verbot einführen, Daten mehrfach abzufragen. Wir werden auch in der Landwirtschaft Statistik-, Dokumentations- und Berichtspflichten für Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern abschaffen. Dazu reichen wir eine Bundesratsinitiative ein und bis zu deren abschließender Behandlung weisen wir in einem Akt der demokratischen Notwehr das Statistische Landesamt an, keine solchen Statistiken mehr zu erheben. Mit einer Verwaltungsreform werden wir die Leistungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der Verwaltung sicherstellen, Personal entlasten und verwaltungsinterne Prozesse beschleunigen. Dies kommt auch der ökologischen Landwirtschaft zugute, beispielsweise durch schnellere Bearbeitung von Anträgen etc..*

11. Welche Ziele formulieren Sie hinsichtlich der Reduzierung des Flächenverbrauchs in Baden-Württemberg? Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Flächenkonkurrenz (insb. durch Energie, Bauen) zugunsten landwirtschaftlicher Flächen zu entschärfen? Werden Sie sich dafür einsetzen, die ökologische Bewirtschaftung bei der Verpachtung öffentlicher Flächen zu berücksichtigen? Stimmen Sie zu, den Ökolandbau als produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahme anzuerkennen?

Antwort:

*Wir werden insbesondere den Flächennutzungskonflikt zwischen Energie- und Nahrungsmittelproduktion lösen. Agri-Photovoltaik steigert die Flächeneffizienz und ermöglicht den Ausbau der Photovoltaik-Leistung bei gleichzeitigem Erhalt der Ackerflächen. Wir werden Investitionen in Agri-Photovoltaik-Anlagen fördern und für baurechtliche Erleichterungen und vereinfachte Genehmigungsverfahren sorgen. Es ist Aufgabe der Landesregierung die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Agri-Photovoltaik in Baden-Württemberg wirtschaftlich attraktiv wird und Landwirtschaftsbetrieben zu ermöglichen, diese selbst zu betreiben und damit den Flächenverbrauch durch Freiflächen-Photovoltaik zu minimieren. Wir werden auch den Verlust landwirtschaftlicher Flächen im Rahmen von Kompensationsmaßnahmen verhindern.*

12. Wird ihre Partei landespolitische Spielräume nutzen, um in Baden-Württemberg Land- und Lebensmittelwirtschaft "Ohne Gentechnik" weiter zu ermöglichen? Werden Sie sich auf Bundes- und europäischer Ebene für wirksame Koexistenz-Bestimmungen einsetzen, mit denen auch künftig eine Land- und Lebensmittelwirtschaft ohne Gentechnik möglich ist (insb. Kennzeichnung und Haftungsregelungen)? Wie werden Sie Lebensmittelunternehmen, welche auf "Bio" oder "Ohne Gentechnik" Auslobung setzen, vor dem Verlust der Märkte im Falle einer weitgehenden Deregulierung von Neuen

Gentechniken/Züchtungstechnologien (NGT) auf EU-Ebene schützen? Stimmen Sie zu, dass zuerst eine abschließende Klärung der Patentfrage erfolgen muss, bevor weitere Schritte im Gesetzgebungsprozess erfolgen können? Inwieweit werden Sie sich dafür einsetzen, dass NGT-Pflanzen aller Kategorien ein Zulassungsverfahren einschließlich einer Risikoprüfung durchlaufen müssen?

Antwort:

*Weltweit müssen mehr Nahrungsmittel für mehr Menschen auf begrenzter Fläche produziert werden. Baden-Württemberg muss seinen Beitrag zur Ernährungssicherung leisten. Die Überwindung der Corona-Pandemie gelang ausschließlich durch die enormen Fortschritte im Bereich der roten Gentechnik. Zur Sicherung der Nahrungsversorgung der Menschheit wurden in den letzten Jahrzehnten ebenfalls fantastische Fortschritte im Bereich der grünen Gentechnik erreicht. Die Anwendungsbereiche der Genetik und Gentechnik als Ganzes sind weit und vielfältig; ihr potenzieller Nutzen für die Zukunft kann nicht überschätzt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, die Chancen dieser Zukunftstechnologie auch in der Landwirtschaft zu erforschen und zu nutzen. Insbesondere schließen wir uns der Forderung aller wissenschaftlichen Fachgesellschaften an, die relativ neue gentechnische Methode CRISPR/Cas aus der verfehlten Gleichstellung mit herkömmlichen gentechnischen Verfahren zu befreien. Diese fachlich nicht zu begründende Einschränkung eines Verfahrens, das züchtungsäquivalente Ergebnisse liefert, hat schon zu erheblichen Nachteilen für den Standort Europa geführt, behindert die Transformation zu einer ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft und sorgt für eine Verschärfung der Hungerproblematik in den Ländern des globalen Südens.*

13. Die RegionalmanagerInnen der Bio-Musterregionen fördern und entwickeln regionale Wertschöpfungsketten und leisten wertvolle Netzwerk- und Aufbauarbeit. Wie sehen Sie die Perspektive, erfolgreiche Musterregionen in ein langfristiges "Bio-Regionalmanagement" zu überführen und mit wieviel Landesmitteln würden Sie dies unterstützen?

Antwort:

*Wir schätzen die herausragende Arbeit der RegionalmanagerInnen in den Bio-Musterregionen. Wir können uns auch vorstellen, erfolgreiche Bio-Musterregionen in ein langfristiges Management zu überführen. Allerdings werden wir dabei den Fokus nicht nur auf den Bereich der ökologischen Landwirtschaft beschränken, sondern auch die regionale konventionelle Landwirtschaft gleichberechtigt miteinbinden. Konkrete Versprechungen zu Landesmitteln, die wir hierfür bereitstellen können, wären zu diesem Zeitpunkt unseriös, da sie von der jeweiligen Haushaltslage abhängig sind.*

14. Die Grundlagen des ökologischen Landbaus sind noch immer nicht in allen landwirtschaftlichen Ausbildungsgängen verpflichtend und prüfungsrelevant. Ebenso fehlt die verpflichtende Einbindung in den Ausbildungen des Lebensmittelhandwerks. Es mangelt an qualifizierten Fach-LehrerInnen zum Thema ökologischer Landbau. Wie können diese Lücken geschlossen werden?

Antwort:

*Nur exzellent ausgebildete Landwirte können erfolgreiches Wirtschaften mit Natur-, Umwelt- und Klimaschutzleistungen erbringen. Wir werden die beruflichen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft ausbauen, sowohl im Bereich der ökologischen wie auch im Bereich der konventionellen Landwirtschaft. Dazu gehört für uns auch die Bereitstellung von ausreichend qualifizierten Lehrkräften sowie eine zeitgemäße und qualitative Ausstattung der Berufs- und Fachschulen.*

15. Um den Öko-Landbau weiterentwickeln zu können, müssen sowohl die landwirtschaftliche Forschung als auch die Landesanstalten in ihrer Ressourcenaufteilung das 30-40%-Ziel widerspiegeln. Wie kann sichergestellt werden, dass Ökolandbauforschung ausreichend Ressourcen erhält? Wird Ihre Partei eine konsequente Ökologisierung der landeseigenen Betriebe vornehmen?

Antwort:

*Eine konsequente Ökologisierung landeseigener Betriebe werden wir nicht vornehmen. Wir werden die Landwirtschaftsämter zu schlagkräftigen Beratungszentren in der Fläche weiterentwickeln und das Veterinärwesen stärken. Die Landesanstalten werden wir zu „Forschungszentren“ zusammenlegen, um Ressourcen zu bündeln, und die freiwerdenden Mittel in die Forschung investieren.*

16. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die seit einigen Jahren bestehende EU-ko-geförderte Erzeugerberatung im Rahmen des Programms „Beratung.Zukunft.Land“ fortzuführen und auf diesem Wege die heimischen Erzeugerbetriebe mit kompetenter und staatlich bezuschusster Beratung zu versorgen oder drohen weitere Einschnitte, wie zuletzt durch eine Senkung des Förderanteils im Jahr 2024? Wie stehen Sie dazu, Module mit besonderer gesellschaftlicher Relevanz wie "Klimaschutz" oder "Ökolandbau" wieder in eine 100% Förderung zu überführen?

Antwort:

*Wir werden die Beratungsangebote in der Landwirtschaft, sowohl im Bereich der ökologischen und konventionellen Landwirtschaft weiterentwickeln und ausbauen, um die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der regionalen Landwirtschaft zu steigern. Dazu zählt für uns auch das Programm „Beratung.Zukunft.Land“, das sich in der Vergangenheit als ein attraktives Angebot erwiesen hat.*

17. Wie beurteilen Sie die Umsetzung der VwV Kantine zur Förderung bioregionaler Lebensmittel und den aktuellen Umsetzungsstatus? Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei zur Ausweitung der VwV Kantine und deren Fördermöglichkeiten auf die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung, besonders im Hinblick auf kommunale Angebote? Wird Ihre Partei eine landesweite Kampagne zur weiteren Umsetzung und Ausweitung der VwV Kantine und zum Einsatz von Bio-Produkten in der Außer-Haus-Verpflegung anstoßen? Wenn ja, mit welchen finanziellen Mitteln? Wie möchte Ihre Partei Bündelungs- und Verarbeitungsbetriebe bei der Ausweitung ihres Angebots auf die bio-regionale Außer-Haus Verpflegung unterstützen? Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die bio-regionale Verpflegung bei Veranstaltungen des Landes zu fördern?

Antwort:

*Wir wollen, dass die Menschen frei entscheiden können, ob sie beim Außer-Haus-Verzehr ökologisch oder konventionell erzeugte Lebensmittel wählen. Ebenso sollen dies die Betreiber der Kantinen im Land frei entscheiden können. Wir unterstützen aber die Ausweitung des regionalen Lebensmittelangebots in öffentlichen Kantinen. Eine Verwaltungsvorschrift ist hierfür unserer Ansicht nach nicht notwendig. Die Entscheidung soll ein unternehmerische bleiben. Wir können uns aber vorstellen über Kampagnen und gezielte Information der Verbraucher entlang der gesamten Wertschöpfungskette Anreize zu setzen.*